

zu A. b) Forderungen und Grundsätze

Diese Themen wurden auf unsere Leitseiten gesetzt:

http://www.westpreussen-berlin.de/AWR-Leitseiten/20200810_Leitseiten_Forderungen-Grundsätze.pdf

1) Rettet die kulturelle Vielfalt – rettet den Sonnabend!

2) Der Begriff „Vandalismus“ ist zu brandmarken!



Cora Stephan in der "Welt":

Wolffsohn entzieht sich jeder Vereinnahmung konsequent und dickköpfig. Er mag das nicht, das »diplomatische Ver- und Übermitteln oder das verdeckende Überzuckern«, er ist weder Befehlsempfänger noch Diplomat sondern Professor geworden, weil das von "profiteri" komme - von "Bekennen".

Eröffnungsvortrag bei den Jüdischen Kulturwochen, Stuttgart am 2. November 2020:

Wiederauferstehung alter Gespenster? 75 Jahre "danach"

Von Michael Wolffsohn



Nicht nur wir Juden, die Offene Gesellschaft ist von drei Hauptfeinden umgeben: Rechten, Linken, Islamisten. Wer die Offene Gesellschaft will, muss sie offensiv schützen.
In welchem Jahr leben wir?

Meine Damen und Herren,

im Jahre 1348 oder anno domini 2020?

Warum ich frage? Nein, ich habe das Manuskript nicht verwechselt. Ich bin auch (noch) nicht so greisenhaft vertrottelt, dass ich nicht Erlebtes von Angelesenem unterscheiden könnte. Ich weiß ("sogar"), dass wir heute nicht im Mittelalter leben. Aber. Ja, aber: Was ich, wie Sie alle, erlebe, höre, sehe und höre, erinnert mich nicht selten an den Schwarzen Tod, also an die Pest-Pandemie, ja Pandemie und nicht „nur“ Epidemie, der Jahre 1348 bis 1353. 25 Millionen Menschen starben damals, ungefähr ein Drittel der Weltbevölkerung. Und – „natürlich“ waren „die Juden schuld“. Sie hätten die Brunnen braver Christenmenschen vergiftet oder woanders Giftmischungen platziert. Klingt doch irgendwie bekannt und aktuell. Nicht wahr? Wider, im Sinne von gegen, also gegen alle Fakten wird heute WIEDER dieser Schwachsinn verbreitet und, schlimmer noch, vielfach geglaubt.

Vergeblich sachliche Aufklärung, Vorträge, Seminare zur politischen Bildung, kostspielige Toleranzprogramme, Wochen der Brüderlichkeit. Brüderlichkeit? Nebbich!



Vergeblich die Tatsache, dass Juden, besonders orthodoxe Juden - man denke an Brooklyn, New York, oder Mea Shearim und Bnei Brak in Israel - weit öfter coronainfiziert sind als Nichtjuden oder nichtreligiöse Juden. Allein deshalb kommen „die“ Juden als böswillige Virenschleuder gegen andere Menschen nicht infrage. Vor wenigen Wochen erklimm Israel, gemessen an der Einwohnerzahl, den traurigen Platz 1 der weltweit an Corona Erkrankten. Egal, „die Juden sind schuld“ und wären deshalb zu bestrafen. So denkt freilich nicht die Mehrheit, geschweige denn alle, aber doch zu viele.

Wie sind die Zu-Vielen umzuerziehen? Vergeblich, vergeblich, vieles, wenngleich nicht alles, vergeblich. Vergeblich auch die aufklärende Menschlichkeit eines Lessing. In seinem 1783 uraufgeführten „Nathan“ – bis heute wohl eines der in Deutschland meistgespielten Stücke - persifliert Lessing den Antijudaismus des Jerusalemer Patriarchen. Auf jedes „die“ und den Juden entlastende Argument erwidert jener geistlose christliche Geistliche stereotyp: „Tut nichts, der Jude wird verbrannt.“ Jener Patriarch lebt fort. Millionenfach, heute mehr bei geistlosen Nicht-Geistlichen. Aufklärung? Vergeblich.

Legende von den jüdischen Brunnenvergiftern - neu aufgetischt

Nicht zu glauben, aber wahr: Wie weiland 1348ff. wird antisemitischer Unsinn nicht nur verbreitet, sondern beklatscht. Nicht nur von Klein-Erna und Klein-Moritz. Am 6. Juli 2016 tischte Palästinenserpräsident Mahmud Abbas vor dem Europäischen Parlament die uralte, mittelalterliche Legende von jüdischen Brunnenvergiftern auf. Akteure waren diesmal nicht Juden des Mittelalters, sondern zeitgenössische israelische Rabbiner. Diese hätten, eine Woche vor seiner Rede, von ihrer Regierung verlangt, das Wasser der Palästinenser im Westjordanland zu vergiften. Am Ende der Abbas-Rede: Stehende Ovationen der demokratisch gewählten Europa-Parlamentarier für jenen antisemitischen Dreck, jawohl, Dreck. Fake-News. Nicht „Made in America“ von Donald Trump, sondern vom Palästina-Präsidenten, geglaubt und applaudiert von Top-Europäern.

Es kommt noch besser, sprich: schlimmer, eigentlich unglaublich – aber wahr. Ich zitiere nicht aus einer Postille der AfD, NPD, der Reichsbürger oder anderer Alt-Neu-Rechter, ich zitiere aus einer Reiserwarnung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland für die „Palästinensischen Gebiete“, abgerufen am 26. Oktober 2020: „Das Grundwasser“ im Gaza-Streifen „gilt als belastet“. Eine Begründung fürs belastete Grundwasser wird einleitend genannt: „Im Rahmen der israelischen Militäroperation „Protective Edge“ erfolgten schwere Angriffe auf Ziele im Gaza-Streifen mit vielen Toten und Verletzten. Dabei wurde auch öffentliche Infrastruktur, wie Straßen, Strom- und Abwasserversorgung, beschädigt.“ Die israelische Militäraktion Protective Edge erfolgte im Sommer 2014. Als Reaktion auf anhaltenden Raketenbeschuss auf Israel durch militante palästinensische Gruppen. Im Klartext besagt das Geschwurbel unseres Außenministeriums: „Die Juden sind schuld.“ Selbst wenn es, bezogen aufs Gaza-Grundwasser stimmte, hätte nicht zuletzt die Bundesregierung, allen voran das Auswärtige Amt, dafür sorgen können, die Qualität des Gaza-Grundwassers zu verbessern oder für Alternativen zu sorgen. Außerdem fließen nicht erst seit 2014 auch deutsche Millionenbeträge zur Hamas in den Gazastreifen. Statt das Grundwasser zu sanieren, zog es Hamas aber vor, Raketen zu produzieren, die fortwährend auf Israelis niederprasselten.

"Hamas, Hamas, Juden ins Gas!"

„Protective Edge“, 69 Jahre danach, Juli 2014. Berlin, Kurfürstendamm. Al-Kuds-Tag. Palästinenser, befeuert von meist linken „Bio-Deutschen“, demonstrieren und skandieren:



„Schlachtet die Juden!“ Oder „Brenn, Jude!“. Oder „Jude, Jude, feiges Schwein ...“. Oder „Hamas, Hamas, Juden ins Gas, „Juden ins Gas!“ Diese Beschimpfungen von Juden, jüdischen Deutschen, die sind keine Volksverhetzung, meint die Berliner Staatsanwaltschaft. Nein, nicht doch. 1348 oder 2014 oder 2020 oder gar nicht zu reden von 1933ff.

Nicht nur 75 Jahre „danach“: Gewalt gegen Juden gehört schon lange zum neudeutschen Alltag. Gewalt in Wort und Tat. Nicht erst seit 2020 an der Synagoge von Hamburg, 2019 an der Synagoge Halle, dem Mobbing in Schulen, auf Straßen oder in öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Mord am jüdischen Verleger Shlomo Lewin 1980, dem Münchener Olympia-Massaker von palästinensischen Terroristen gegen Israelis 1972, dem Brandanschlag aufs Jüdische Altersheim in München sowie dem Mord an El-Al-Passagieren auf dem Münchner Flughafen Riem 1970, oder dem Bombenanschlag des Linksterroristen Kunzelmann gegen Das Jüdische Gemeindehaus in West-Berlin.

Attacken auf Rabbiner und andere, als Juden erkennbare Menschen sowie viele weniger allgemein bekannte und längst von den meisten wieder vergessene Schandtaten sind seit Jahren und heute mehr denn je skandalöse Routine. Die Täter wechseln. ´Mal sind es die alten, wiederauferstandenen rechten Gespenster, ´mal linke, ´mal Islamisten, mal weltlich-arabische Terroristen. Alle quicklebendig. Nix da, Gespenster. Monster! Opfer sind und bleiben Juden, die Täter wechseln.

"Nie wieder Antisemitismus"?

Amtlicherseits folgen die immergleichen Reaktionen. Vom Bundespräsidenten bis zum Dorfvorsteher: „Kein Einzelfall“, „Nie wieder lassen wir in Deutschland Antisemitismus zu“, „Mehr Aufklärung über NS-Verbrechen ist nötig“, „Bessere Demokratie-Erziehung“ und so weiter und so weiter. Diese Bekundungen und Vorschläge sind sinnvoll, doch bestenfalls nur Zusatzmaßnahmen. Sie garantieren keine Sicherheit im Sinne körperlicher Unversehrtheit.

Lippenbekenntnisse und Appelle ersetzen keine Diagnose und erst recht keine Therapie. Wer falsche Befunde erstellt, kann nicht erfolgreich heilen. Das jedoch geschieht allzu häufig. Die Gründe dafür liegen tiefer als die oberflächlichen Worthülsen der zurecht und durchaus aufrichtig Empörten vermuten lassen. Ihre Worte sind schnell vom Winde verweht, und neue Untaten folgen. Warum? Weil Empörung nicht reicht, um Pandemien wie den Antisemitismus zu heilen. Er ist erheblich älter als Corona 2020 oder der Schwarze Tod von 1348ff. Ins 14. vorchristliche Jahrhundert des Alten Ägyptens führen die Anfänge der Antisemitismus-Pandemie. Ich rede aber nicht über die Antike oder das Mittelalter, sondern von unserer Gegenwart. Gemäß dem Motto der diesjährigen Jüdischen Kulturwochen: „75 Jahre Befreiung, 75 Jahre Wiedergründung der Gemeinde“ Stuttgart.

Befreiung? O ja, aus heutiger Sicht. Aus Sicht der Veranstalter, der heute Regierenden und meisten Opponierenden in Bund und Land. Freilich nicht allen Opponierenden. Befreiung war es stets aus Sicht von Juden.

Stichwort „Sprache“. Die Schulweisheit besagt: Voraussetzung und entscheidendes Instrument erfolgreicher Integration sei das Beherrschen der Landessprache. Bei uns also Deutsch. Blicken wir zurück: Konnte Heinrich Heine kein Deutsch? Oder Kurt Tucholsky oder oder oder? Wurden sie erfolgreich integriert?



Wie fast alle in Deutschland lebenden Juden beherrscht Zentralratspräsident Dr. Josef Schuster, beherrsche sogar ich als deutscher Professor die deutsche Sprache in Wort und Schrift. Träfe die erwähnte Schulweisheit zu, müssten wir hier und heute nicht über Antisemitismus reden. Was lernen wir daraus? Dass so manche der geltenden Grundannahmen bezüglich Integration ganz allgemein und Antisemitismus im Besonderen leider falsch sind.

Kaum ein Jude fällt deutschen Sozialkassen zur Last

Ebenso falsch ist diese Schulweisheit: Wer sowohl Deutsch kann als auch den deutschen Sozialkassen nicht zur Last fällt, werde leicht integriert. Kaum ein Jude fiel oder fällt deutschen Sozialkassen zur Last. Doch immer noch müssen wir das Antisemitismus-Virus bekämpfen.

Ebenso falsch ist diese Schulweisheit: Minderheiten, die keine Bomben auf die Mehrheitsgesellschaft werfen, werden mühelos integriert. Haben Sie irgendwo gehört, dass Juden in Deutschland auf irgendwen Bomben werfen oder ein Sicherheitsrisiko wären?

Umgekehrt aber gilt: Juden leben unsicher. Immer noch oder schon wieder in Deutschland. Nicht nur in Deutschland, in Europa überhaupt, besonders im angeblich so aufgeklärten, liberalen und vorbildlich humanen, weltoffenen Westen Europas. Sicherheitspersonal - überall vor und in jüdischen Einrichtungen Westeuropas und Deutschlands. Nur Wenige hören es gerne, aber es stimmt: Im angeblich, ach, so erzreaktionären und antisemitischen Ungarn Victor Orbans steht kein Sicherheitspersonal. Es wird nicht gebraucht. Nicht einmal vor der Budapester Hauptsynagoge.

Frankreich haben in den letzten zwanzig Jahren rund 100.000 Juden verlassen. Die meisten gingen nach Israel. In Frankreich sind sie frei, aber nicht mehr sicher. In Israel sind sie frei und sicher. Sind wir Juden in Deutschland sicher? In Frankreich, Dänemark, Schweden oder auch Großbritannien, wo den Juden bis vor kurzem der linke Antisemit Jeremy Corbyn drohte?

Anders als 1945/1948ff - Israel ist heute ein attraktives Land, in dem man gut lebt. Israel bietet Juden heute nicht nur Lebenssicherheit, es bietet auch hohe Lebensqualität. Die Sonne scheint, der Sommer sicher, das Bildungswesen leistungsorientiert, die Infrastruktur vorzüglich, der islamische und islamistische Terror inzwischen mehr im Griff als in Europa, der Antisemitismus ein innerjüdisches Problem, und selbst Feinschmecker kommen auf ihre Kosten. Ich übertreibe absichtlich: Jahrzehntelang boten israelische Restaurants vor allem Huhn, Huhn, Huhn und nochmals Huhn an, so dass am Ende die Gäste gackerten. Tempi passati. Man isst nicht nur gut in Israel, man ist dort als Jude sicher. Anders als 1933ff haben wir Juden heute eine Lebensversicherung namens Israel. Wir Juden haben heute eine Alternative, eben diese. Auch Deutschlands nichtjüdische Mehrheit hat eine Alternative: Loyale, friedliche, fließend Deutsch sprechende, gut ausgebildete, erwerbstätige, Steuern zahlende, die deutsche Wirtschaft und Kultur bereichernde jüdische Bürger schützen oder verlieren. Wir Juden sind deutschland- und weltweit seit 1948, seitdem es Israel gibt, nicht mehr auf die Gnade der Nichtjuden angewiesen. Wir leben gerne und trotz bekannter Defizite gut in Bundesdeutschland, aber wir betteln nicht darum hier leben oder gar nur überleben zu dürfen.



Eltern und Großeltern fühlten sich 1945 befreit - wie alle Juden

Zurück zum Stichwort „Befreiung“. Die Deutschen wurden 1945 befreit. Sie haben sich nicht selbst von ihren eigenen Verbrechern befreit. Meine aus Hitler-Deutschland 1939 nach Palästina geflohenen deutschjüdischen Eltern und Großeltern fühlten sich 1945, wie alle Juden, befreit. Aber die meisten Deutschen dürften sich 1945 nicht befreit gefühlt haben. Heute ist das anders. Der bundesdeutschen Demokratie sei Dank. Heute bewerten und bezeichnen die meisten Deutschen die Niederlage Hitler-Deutschlands als Befreiung.

Ihre Befreiung sowie die Früchte der Freiheit haben die Deutschen, ja, „die“ Deutschen zuerst und vor allem „den“ Amerikanern zu verdanken. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass viele (für mich zu viele) Deutsche „den“ Amerikanern ihre Befreiung bis heute verübeln und vergessen. Trump ist nur eine Ausrede. Genau betrachtet wurden „die“ Deutschen im 20. Jahrhundert zweimal von „den“ Amerikanern befreit. Vom reaktionären Kaiser 1918 und vom Verbrecher Hitler 1945. Ohne Amerika keine deutsche Demokratie. Weder 1919 bis 1930/33 noch seit 1949 Alt-BRD und seit 1990 Neu-BRD. Heute, und zwar nicht erst seit Trump, gehört es zur politischen Mode Deutschlands, gegen Amerika zu wettern, den USA Demokratie-Nachhilfe zu erteilen und sich geradezu chutzpedick als moralische Weltmacht aufzuführen. Mehr deutsche Dankbarkeit, vor allem Bescheidenheit und deutlich weniger Antiamerikanismus wären angebracht.

Der neudeutsche Antiamerikanismus und der neudeutsche Antisemitismus plus Antiisraelismus sind eng in- und miteinander verflochten. Lange vor Trump und selbst unter dem hochsympathischen, doch leider glücklosen Obama, gilt zu vielen Deutschen Amerika als „Monster“ Nummer eins und Israel als „Monster“ Nummer zwei. Israel, das ein ahnungsloser, dem deutschen Zeitgeist nach- und mitlaufender ehemaliger deutscher Außenminister als „Apartheidstaat“ verunglimpfte. Oft folgt diesem Apartheid-Unsinn der Nazi-Israel-Vergleich. Der bleibt bislang meistens (freilich auch nicht immer) außerhalb von Exekutive, Legislative und Judikative.

Judenfeindschaft der Linksextremisten und Islamisten nicht übersehen

Lassen Sie mich weitere **Tatsachen** 75 Jahre „danach“ nennen.

Tatsache 1: Die einen nennen als Hauptgefahr für Juden Neonazis und andere Rechtsextremisten. Amtlicherseits werden hierfür scheinbar unwiderlegbare Zahlen vorgelegt. Über die Zahlen wird gestritten, nicht über diese Gefahr. Sie ist unbestreitbar. Statt darüber mit „dem“ Staat zu streiten, sollte man die alles andere als nur gewaltfreie Judenfeindschaft der Linksextremisten nicht übersehen. Vom antijüdischen Terror militanter Muslime ganz zu schweigen. Gespenster? Quicklebendig allesamt. Dass der linksextremistische Antisemitismus nicht altbekannt, sondern neu wäre, ist eine manchen liebe Legende, und Legenden sind bekanntlich keine Fakten. Alles andere als neu ist auch der islamische, nicht nur islamistische Antisemitismus. Nicht einmal in oder aus Deutschland ist er neu. Spätestens von 1939 bis 1945 arbeiteten Hitler-Deutschland, der Großmufti von Jerusalem Hadj Amin el-Husseini und der irakische Nationalist Gailani sowie auch Muslime aus dem Kaukasus zusammen. Einig in Wort und Tat waren sie sich gegen „die“ Juden und, Hisseini, erst recht gegen die Zionisten. Gegen die mehrheitlich wahrlich nichtzionistischen Juden Serbiens machte Husseini Muslime in Bosnien-Herzegowina im Holocaust mobil.

Tatsache 2: Im Kampf gegen die nationaldeutsche Epidemie des rechten Antisemitismus greifen manche zu abwegiger Medizin. Sie wollen zum Beispiel die schwarz-weiß-rote



Fahne des deutschen Kaiserreichs verbieten. Dabei wird unausgesprochen unterstellt, jene Hohenzollern-Monarchie wäre dem Verbrecherstaat der Nazis gleichzusetzen. Hohenzollern-Dämonologie ist derzeit modische Ideologie. Im Verband der deutschen Historiker und (natürlich) Historikerinnen ist auch dessen Spitze dagegen nicht immun. Absurd. Ähnlich absurd, sprich: ahnungslos, allerdings unter anderen politischen Vorzeichen, sind heutige Rechtsextremisten, wenn sie diese Fahne wo auch immer schwenken. Das kaiserliche Schwarz-Weiß-Rot führten die Nazis 1933 wieder ein und ersetzten sie ab 1935 ganz, denn „Führer“ und Hakenkreuz sollten alle und alles überstrahlen. Ähnliches gilt für die Reichskriegsflagge, die Rechtsextremisten heute wie ein mit und vor sich hertragen. Es war die Kriegsflagge des schwarz-weiß-roten Kaiserreichs. Die Reichskriegsflagge der Nazis sah anders aus. Mit Hakenkreuz natürlich. Wer Schwarz-Weiß-Rot verbieten möchte, müsste den Bundestag aus dem Reichstag verbannen. Dieser wurde von 1884 bis 1894 während des schwarz-weiß-roten Kaiserreichs erbaut. Man müsste dann auch das schwarz-weiße Trikot der deutschen Fußballnationalmannschaft verbieten. Seit ihrem ersten Länderspiel im Jahre 1908 tragen die deutschen Kicker Schwarz-Weiß. Schwarz und Weiß waren die Farben Preußens. Preußens König war Deutscher Kaiser, und Preußen ist heute vielen noch unheimlicher und abstoßender als das Kaiserreich. Also abschaffen? Absurd, Aber mit solchen Absurditäten versuchen manche, Antisemitismus und Rechtsextremismus zu bekämpfen. Für die Sicherheit der Juden ist nichts gewonnen, und der notwendige Kampf gegen Rechtsextremisten verkommt zur Farce. Krönung der Lächerlichkeit wäre der Wunsch, die deutsche Sprache abzuschaffen. Selbst dafür gäbe es eine scheinrationale Begründung: Hitler und seine Mitmörder sprachen deutsch.

Gewalt ist Gewalt - egal von welcher Extremistengruppe

Tatsache 3: Von allen drei Extremistengruppen – Rechte, Linke, islamische Fanatiker - drohen Juden Gefahr für Leib und Leben. Ich wiederhole absichtlich: Die Täter wechseln, nicht die Opfer.

Tatsache 4: Den jüdischen Opfern ist es egal, ob die Gewalt von Rechten, Linken oder Islamisten aus dem In- oder Ausland droht. Gewalt ist Gewalt, ist Straftat und muss als Straftat geahndet werden. Wenn der oder die Täter ausländischer Herkunft sind oder einer nichtchristlichen Religion angehören, gehört die Tat als Tat bestraft.

Tatsache 5: Zu den Standardreaktionen gehört dieser Satz: „Judenfeindschaft geht, nicht nur in Deutschland, bis weit in die Mitte der Gesellschaft.“ Das stimmt. Gemeint ist damit in der öffentlichen Diskussion vor allem der bürgerlich-konservative, rechtsliberale, allgemein rechte (nicht rechtsextremistische) Teil der Gesellschaft. Festzuhalten bleibt aber: Bürgerliche, im Sinne von Bourgeois und Citoyen, werfen selten, wenn überhaupt, Bomben. Das gilt für rechtsliberal-konservative ebenso wie für linksliberale Bürgerliche. Weder die rechts- noch linksliberalen Bürgerlichen greifen selbst zur Gewalt. Ihre Klügeleien rechtfertigen sie aber unausgesprochen.

Tatsache 6: Was oft und von manchen gerne verschwiegen wird: Judenfeindschaft geht national und international auch bis weit in die linksliberalen Teile der Gesellschaft. Ein Beweis von vielen sind die Auseinandersetzungen um die Aktivitäten der scheinbar „nur“ gegen Israel, tatsächlich aber, wie vom Bundestag 2019 bestätigt, gegen „die“ Juden gerichtete BDS-Kampagne. Diese verlangt einen Boykott von, Desinvestitionen (Ende und Abbau der Investitionen) in sowie Sanktionen (Strafmaßnahmen) gegen Israel. „Die“ Juden



werden dabei als verlängerter Arm Israels dargestellt. Zu den Verteidigern dieser Entgleisungen gehören meistens sogenannte Intellektuelle linksliberaler Färbung. Sie selbst sind keine Antisemiten, wohl aber deren nützliche Idioten. Erst recht, wenn sie, wie mehrfach geschehen, Felix Klein, den Bundesbeauftragten gegen Antisemitismus, attackieren. Im Gegensatz zu den Schönrednern vom Dienst, lässt er nämlich seinen Worten Taten folgen. Seine Kritiker wollen offenbar nur folgenlose Empörung als Symbolpolitik. Das schien im Herbst 2020 auch der Stadtstaat Hamburg anzustreben. Statt bezahlter, und von den Jüdischen Gemeinden vorgeschlagener, Expertise im Kampf gegen Antisemitismus sucht man dort eine ehrenamtlich tätige Person. Bei aller Ehre, Ehrenamtliche können Vollzeittätige nicht wirklich ersetzen.

Symbol- bzw. Papierpolitik auch im Bundestag. Der verabschiedete mit den Stimmen aus Koalition und Opposition (gegen Minderheiten auf beiden Seiten) am 17. Mai 2019 eine Resolution, die BDS als „antisemitisch“ bezeichnete. BDS und Partner sollten fortan keine deutschen Gelder mehr bekommen. Kraftvolle Worte. Entkräftet wurden sie unverzüglich von Abwechslern. Regie führte Norbert Röttgen (CDU). Es gelang ihm und seinen Kollegen, die Anti-BDS-Mauer niederzureißen. Deutsches Geld fließt weiter Richtung BDS. Liebesgrüße aus Berlin.

Aufreizende Doppelmoral bei Linksliberalen

Im Kampf gegen Rechts begegnet man auch bei Linksliberalen zuweilen einer aufreizenden Doppelmoral. Nennen wir sie ruhig Heuchelei. Ich werde konkret und schaue auf die aktuelle Doppelmoral des S. Fischer Verlags gegenüber der Schriftstellerin Monika Maron. Er gehört zur Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck. Vorsitzender ihrer Geschäftsführung ist Stefan von Holtzbrinck, der jüngere Sohn des Firmengründers. Dieter von Holtzbrinck ist der ältere Sohn. Beide Zweige vergeben gemeinsam den Georg-von-Holtzbrinck-Preis. Den einen für Wissenschafts-, den anderen für Wirtschaftsjournalismus. Sitz beider Holtzbrinck-Unternehmen ist das schöne Stuttgart.

Monika Maron erhielt neben zahlreichen anderen namhaften Preisen 2009 den Deutschen Nationalpreis. Jetzt wurde sie vom S. Fischer Verlag mit einem „Wumm“ vor die Türe gesetzt. In einem Rundbrief an die Autoren erklärt die Verlagsleitung: Der S. Fischer Verlag wolle „nicht indirekt einen publizistischen Kontext unterstützen, der der Tradition, der Geschichte und den Werten des Verlages widerspricht.“ Maron wird dabei ausdrücklich Nähe zur AfD, ja sogar zu deren „Flügel“ unterstellt. Wenn dies zuträfe, würde ich als deutschjüdischer Historiker, Sohn und Enkel von Holocaust-Überlebenden, nie und nimmer Monika Maron verteidigen. Ich verteidige sie aber, weil ich seit 1999 ihre (bei S. Fischer erschienene) Familiengeschichte „Pawels Briefe“ sowie sie selbst seit zwanzig Jahren kenne und schätze. In „Pawels Briefe“ setzte sie ihrem jüdischen Großvater ein literarisches Denkmal. Eine bewegende Lektüre, voller Empathie für diesen Juden und „die“ Juden schlechthin. In der öffentlichen Debatte um ihren rüden Rauswurf hätte sie mühelos Ihren „Jüdischen Schutzschild“ benutzen können. Sie wäre sofort aus der „Schusslinie“ gekommen. Sie zeigte Noblesse und tat es nicht. Gerade deshalb lohnt ein kurzer Blick auf die Geschichte des S. Fischer Verlags sowie vor allem auf die von der heutigen Verlagsführung erwähnten (doch nicht spezifizierten) Werte und Tradition. Auch auf der Website der GvH-Gruppe beruft man sich auf jene Werte.



Monika Maron, der Verlag S. Fischer und Holtzbrinck

Gegründet wurde er 1886 von Samuel Fischer. Noch heute zählt er zu den Giganten der deutschen Literaturgeschichte. Der „jüdische Verlag“ wurde ab 1936 „arisiert“, nach 1945 erfolgte die Rückgabe an Fischers Tochter und Schwiegersohn. Beide zogen sich ab 1963 zurück. Die Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck übernahm das Unternehmen allmählich.

Wer war Georg von Holtzbrinck, dessen Namen die Verlagsgruppe bis heute trägt und die gemeinsam mit den Dieter-von-Holtzbrinck-Medien (DvH) den renommierten Georg-von-Holtzbrinck-Preis vergibt? Auf der Website der GvH-Gruppe lesen wir: „Der Unternehmensgründer Georg von Holtzbrinck (*1909 – †1983) hatte in den 1930er Jahren mit dem Abonnementvertrieb von Büchern und Zeitschriften begonnen“. Noch Anfang 2020 war auch das zu lesen: „Wir wahren und entwickeln zugleich das große Erbe unserer traditionsreichen Häuser fort... Wir fühlen uns unserer Herkunft und unseren tradierten Werten zutiefst verpflichtet...“ Die wenigen, spröden Fakten seien ergänzt:

Georg von Holtzbrinck begann seine unternehmerische Laufbahn 1931. Im selben Jahr trat er dem NS-Studentenbund bei, obwohl dieser damals noch verboten war. An seiner Kölner Universität war jene NS-Organisation 1931 „unterdurchschnittlich vertreten“, schreibt sein Biograf, Thomas Garke-Rothbart („für unseren Betrieb lebensnotwendig...“ Georg von Holtzbrinck als Verlagsunternehmer im Dritten Reich, München 2008). Karrieredruck spielte daher dort (noch) keine Rolle. Daraus folgt: Der Verleger Georg von Holtzbrinck war also eher ein NS-Vorläufer als NS-Mitläufer. Ordentliches NSDAP-Mitglied wurde er am 1. Mai 1933. Er blieb es bis 1945. Für Georg von Holtzbrinck war das Ende der NS-Diktatur geschäftlich eher bitter, denn er hatte vom NS-Regime gewaltig profitiert. Die Deutsche Arbeitsfront sowie die Wehrmacht waren Großabnehmer seiner Druckerzeugnisse. Wirtschaftlich wertvoll waren also die NS-Werte für Georg von Holtzbrinck. Sie legten den Grundstein für den rasanten verlegerisch-qualitativen und quantitativ-finanziellen Aufstieg des Unternehmens.

Georg von Holtzbrincks Biografie ist zweigeteilt. Bis 1945 war er durchgehend NS-Profiteur. Nach 1945 sind seine und seiner Unternehmen Verdienste um die bundesdeutsche Demokratie unbestreitbar. Überstrahlt seine zweite Biografie die erste so sehr, dass man Georg von Holtzbrinck als bundesdeutsches Vorbild betrachtet? Kann, soll, darf eine solche Persönlichkeit Namensgeber renommierter Preise, gar liberaler Medienhäuser, sein? Ist das die Tradition, sind das die Werte, auf die sich der S. Fischer Verlag gegenüber Monika Maron beruft, der Enkelin von Pawel Iglarz, der wahrscheinlich im August 1942 im Vernichtungslager Kulmhof ermordet wurde?

Erwähnen sollte ich im linksliberalen Zusammenhang auch den Henry-Nannen-Preis für Journalisten. Benannt ist er nach dem langjährigen „Stern“-Chef. Vor diesen langen bundesdeutschen Jahren diente er in den geplanten tausend NS-Jahren willig und fleißig als Propagandist, im Weltkrieg sogar in einer SS-Propagandakompanie. Bis 1979 hatte er das vertuscht. Weder links noch liberal. Soll ich an andere Moral-Ikonen unserer neudeutschen Republik erinnern? Günter Grass, der zuletzt offen und heftig den Jüdische Staat schamlos und kontrafaktisch attackierte? Oder soll ich....? Nein, genug, Sie haben mich verstanden.



Amtsträger wollen Juden schützen, doch Wollen bedeutet nicht Können

Tatsache 7: Unsere Amtsträger in Staat, Justiz und Gesellschaft wollen die Juden wirklich schützen. Oder wird das nur heuchlerisch nach außen verkündet? Der Innenminister von Sachsen-Anhalt wurde dieser Tage aus einem internen Treffen so zitiert, dass die Juden wegen der für sie verschärften Schutzmaßnahmen schuld wären, wenn sich die Polizei nicht mehr angemessen um die Belange der übrigen Bevölkerung kümmern könne. Flugs korrigierte er diese entweder ehrliche oder falsch zitierte Äußerung. Doch auch aufrichtiges Wollen bedeutet nicht Können. Das in Deutschland meist fehlende Können hat tiefsitzende Ursachen.

Eine davon erklärt **Tatsache 8.** Sie beschreibt zugleich das zutiefst menschliche und sympathische, ja, liebenswerte der Bundesrepublik Deutschland. Frühere Deutschländer waren machtversessen, Bundesdeutschland ist machtvergessen. Selbst demokratisch eingesetzte und kontrollierte Gewalt sowohl nach innen (Polizei) als auch nach außen (Militär) ist bei uns eigentlich tabu. Das ist hochsympathisch, aber leider unrealistisch. Es führte in unserer so sympathisch antiheldischen Gesellschaft – neben der Vernachlässigung der Bundeswehr – auch zur Vernachlässigung und teils sogar zur Verächtlichmachung der Polizei. Nicht nur von denen, die Polizisten als „Schweine“ oder „Bullen“ verunglimpfen, sondern auch von manchen (Politikern), die von eben dieser Polizei tagtäglich vor Extremisten jeglicher Ideologie geschützt werden.

Tatsache 9: Aus an sich sympathischem Freiheitssinn verzichtet unsere Justiz auf die gebotene Anwendung der durchaus vorhandenen Gesetze zur Gewalteindämmung. Dadurch ermöglicht die Justiz Extremisten ganz allgemein (und nicht nur bezogen auf Juden) Freiräume zur Gewaltanwendung.

Tatsache 10: So wenig es „die“ Deutschen gibt, so wenig gibt es „die“ Polizei. Ihr Personal ist, wie in jeder Großorganisation, vielschichtig. Gewiss die meisten sind anständige Bürger „wie du und ich“, die Recht und Gesetz der bundesdeutschen Demokratie sichern wollen. Daneben gibt es, wie wir wissen, auch Rechtsextremisten in der Polizei. In der Polizei heißt nicht „die“ Polizei.

Wertschätzung für die Polizei, nicht Nackenschläge

Tatsache 11: Ohne Gesinnungsschnüffelei muss, ja, muss die Polizei Methoden entwickeln, die Extremisten jeder Couleur einerseits nicht reinlassen und andererseits rauschmeißen. Unverzichtbar sind Achtung, Wertschätzung und Dankbarkeit gegenüber der Polizei. Je weniger Wertschätzung und je mehr Nackenschläge die Polizei bekommt, desto weniger Bürger „wie du und ich“ werden Polizisten. Ohne Motivierung kann niemand gut arbeiten. Vor allem in Bayern bekommt die Polizei diese Motivierung. Nicht zuletzt deshalb zählt München zu den weltweit sichersten Städten.

Wer, wie die deutschen Organe der Sicherheit nach innen und außen, so wenig ideelle und materielle Wertschätzung erfährt, kann nicht gut arbeiten. Auch die Defizite der Nicht-Antisemiten bedingen die krassen operativen Defizite im Kampf gegen Judenfeinde. Ja, sie ermutigen die Judenfeinde. Angesichts des zunehmenden Antisemitismus sind Empörung und Erziehung gut, richtig und wichtig. Für Sicherheit reichen sie nicht.

Die alten, rechten, linken und islamistischen Gespenster sind keine Zombies, denn sie sind alles andere als willenlos oder ihrer alten Seele beraubt. Sie sind durchaus wiederauf-



Seite 49 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 781 vom 03.12.2020

erstanden. 75 Jahre „danach“ sind sie für uns Juden die drei Hauptgefährder und auch -Täter. Wie die meisten Täter haben sie Hehler und nützliche Idioten, die ihnen helfen. 75 Jahre „danach“ haben die meisten Deutschen die Werte der Offenen Gesellschaft verinnerlicht. Nicht nur wir Juden, die Offene Gesellschaft ist von drei Hauptfeinden umgeben: Rechten, Linken, Islamisten. Alle drei verfügen über teils freiwillig, teils unfreiwillig nützliche Idioten. Die Werte der Offenen Gesellschaft sind oft in der Defensive. So auch jetzt. Wer die Offene Gesellschaft will, muss sie offensiv schützen. Das ist 75 Jahre „danach“ unsere gemeinsame Aufgabe, die Aufgabe von Juden und Nichtjuden. Es lebe die Offene Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland.

(Die Zwischenüberschriften stammen von der Redaktion.)

<https://www.wolffsohn.de/cms/779-juedische-kulturwochen-stuttgart.ht>



A. c) Mitteilungen

01) Referent für grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen nimmt Tätigkeit in Berlin auf



Pressemitteilung

Nr. 17/2020

Referent für grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen nimmt Tätigkeit in Berlin auf!

Seit dem 2. November 2020 ist der (Osteuropa-)Historiker Matthias Lempart, gebürtig aus Schlesien, bei der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen für grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuständig.

Der Absolvent der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) war neben und nach seinem Studium der Geschichte Ost- und Südosteuropas, der Slavischen Philologie und des Rechts für Sozialwissenschaftler u.a. in wissenschaftlichen Projekten der LMU, des Osteuropa-Instituts München und des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin tätig.

Er ist Autor von Veröffentlichungen zur Geschichte der ehemaligen deutschen Ostgebiete, Polens und zu Minderheitenfragen im östlichen Mitteleuropa, in seiner Mitherausgeberschaft erschien das „Oberschlesische Jahrbuch“. Freiberuflich war er eng mit dem Haus des Deutschen Ostens in München (nachgeordnete Behörde des Bayerischen Sozialministeriums) verbunden. Er engagierte sich in der Landsmannschaft der Oberschlesier und in der Gemeinschaft für deutsch-polnische Verständigung (Jugendinitiative im Heimatwerk Schlesischer Katholiken), organisierte Jugendbegegnungen der Landsmannschaft

Berlin, 25.11.2020

Bonner Geschäftsstelle
Godesberger Allee 72-74
53175 Bonn
Telefon: +49 228 915 12 20

Berliner Büro
Brunnenstraße 191
10119 Berlin
Telefon: +49 30 863 355 10

Mail:
presse@kulturstiftung.org
www.kulturstiftung.org





Ostpreußen mit und beteiligte sich lange Jahre ehrenamtlich an der Arbeit der deutschen Minderheit in Oberschlesien.

Zu seinem künftigen Aufgabengebiet bei der Kulturstiftung gehört u.a. die Förderung einer grenzüberschreitenden Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) tätigen Einrichtungen der eigenständigen Kulturarbeit in Deutschland mit Einrichtungen und Institutionen der deutschen Minderheiten im östlichen Europa in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten (AGDM) und darüber hinaus auch mit Einrichtungen und Institutionen in staatlicher Trägerschaft und auf Ebene der Zivilgesellschaft. Ebenfalls zeichnet er verantwortlich für eine grenzüberschreitende Vernetzung und Zusammenarbeit von wissenschaftlichen Einrichtungen, die zum deutschen kulturellen Erbe in Mittelost-, Ost- und Südosteuropa sowie in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion forschen.

Gerne steht Ihnen Herr Lempart fortan zur Verfügung. Zu erreichen ist er unter der E-Mail-Adresse matthias.lempart@kulturstiftung.org und der Telefonnummer 030 / 863 355 11.



Der Geschäftsführer der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Thomas Konhäuser (links), gemeinsam mit Matthias Lempart, Referent für grenzüberschreitende Zusammenarbeit.-
Abb.. © Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.



02) Leibniz-Institut für Länderkunde: Prof. Dr. Sebastian Lentz als Vizepräsident wiedergewählt

Medieninformation

Leipzig, 30. November 2020



Sebastian Lentz als Vizepräsident wiedergewählt

Auf ihrer Mitgliederversammlung am 26. November in Berlin hat die Leibniz-Gemeinschaft den Direktor des Leibniz-Instituts für Länderkunde erneut für zwei Jahre in den Vorstand und zum Vizepräsidenten der Leibniz-Gemeinschaft gewählt.

Sebastian Lentz ist Professor für Regionale Geografie an der Universität Leipzig und leitet seit April 2003 als Direktor das Leibniz-Institut für Länderkunde in Leipzig. Der Geograf war im November 2018 erstmals zum Vizepräsidenten der Leibniz-Gemeinschaft gewählt worden. Er ist seitdem Beauftragter für das Evaluierungsverfahren der Leibniz-Gemeinschaft. Sein wissenschaftliches Interesse gilt der Regionalen Geografie Europas und der Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Weitere Schwerpunkte in Forschung und Lehre sind Kulturgeografie, Transformationsforschung und Wissenstransfer.

„Die letzten Monate haben uns überdeutlich vor Augen geführt, wie wichtig Informationen aus der Wissenschaft für die Gesellschaft sind – und wie wichtig es ist, in Forschung, Transfer und Kommunikation von Wissenschaft hohe Qualität zu sichern“, betonte Lentz anlässlich seiner Wiederwahl.

Leibniz-Gemeinschaft

Die Leibniz-Gemeinschaft verbindet 96 eigenständige Forschungseinrichtungen. Ihre Ausrichtung reicht von den Natur-, Ingenieur- und Umweltwissenschaften über die Wirtschafts-, Raum- und Sozialwissenschaften bis zu den Geisteswissenschaften. Leibniz-Institute widmen sich gesellschaftlich, ökonomisch und ökologisch relevanten Fragen. Aufgrund ihrer gesamtstaatlichen Bedeutung fördern Bund und Länder die Institute der Leibniz-Gemeinschaft gemeinsam. Die Leibniz-Institute beschäftigen knapp 21.000 Personen, darunter etwa die Hälfte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Der Gesamtetat der Institute liegt bei mehr als 1,9 Milliarden Euro.

Download Porträtfoto Sebastian Lentz:

https://leibniz-ifl.de/fileadmin/Redaktion/Presse/Download/S_Lentz_Leibniz_Peter_Himsel.jpg

Foto: © Leibniz-Gemeinschaft / Peter Himsel

Die Verwendung des Bildmaterials zur Pressemitteilung ist bei Nennung der Quelle vergütungsfrei gestattet. Das Bildmaterial darf nur in Zusammenhang mit dem Inhalt dieser Pressemitteilung verwendet werden.





Prof. Dr. Sebastian Lentz

Bildquelle: Leibniz-Gemeinschaft / Peter Himsel

Pressekontakt:

Dr. Peter Wittmann
Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Schongauerstraße 9
04328 Leipzig

Tel.: +49 341 600 55-174
Fax: +49 341 600 55-198
presse@leibniz-ifl.de
www.leibniz-ifl.de
blog.leibniz-ifl.de

Das **Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL)** in Leipzig analysiert soziale Prozesse aus geographischen Perspektiven und macht gesellschaftlichen Wandel sichtbar. Als einzige außeruniversitäre Forschungseinrichtung für Geographie im deutschsprachigen Raum ist das Institut Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, die 96 selbstständige Forschungseinrichtungen verbindet. Das IfL wird gefördert mit Steuermitteln auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts. [www.leibniz-ifl.de]

Hinweis zum Datenschutz: Im Rahmen der Pressearbeit des IfL speichern und verarbeiten wir Ihre Daten (E-Mail, Name, Adresse) in einem Presseverteiler. Ihre Daten werden nur für diesen Zweck verwendet und sind durch entsprechende technische und organisatorische Maßnahmen geschützt. Sie haben jederzeit die Möglichkeit, der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten zu widersprechen. Dafür wenden Sie sich bitte an presse@leibniz-ifl.de.



03) Informationen der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte No. 138

Information No. 138 der AG für pommersche Kirchengeschichte vom 26. November 2020

Studientag verschoben – Zingsthof – Bücher zu E.M. Arndt – Pommersche Residenzen – Landwirtschaftsgeschichte – Kirchentage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte und Interessierte an pommerscher Landesgeschichte:

Einige Bücher werden vorgestellt, die vielleicht auch als Weihnachtsgeschenke – für Sie selbst? – dienen können:

1. Achter Studientag der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte:

„Frauen in der jüngeren pommerschen Kirchengeschichte“ wird nachgeholt. Der für den 27.11.2020 geplante Studientag muss pandemiebedingt ins nächste Jahr verschoben werden. Der genaue Termin wird baldmöglichst bekanntgegeben.

2. Geschichte des Zingsthofes

„Herr, wir stehen Hand in Hand“ Zingsthof Geschichte und Geschichten, hg. v. Roland Springborn, Berlin 2020, 140 S. 14,95 €.

Dieses Buch ist ein Zeugnis zur jüngsten pommerschen Kirchengeschichte. Der „Zingsthof“ entstand 1929 als Rüstzeitenheim der westfälischen Schülerbibelkreise. Nach Kriegsende konnte er von der pommerschen Kirche übernommen werden. 50 Zeitzeugen erzählen ihre persönlichen Erinnerungen und Erlebnisse, die sie mit der weiteren Geschichte dieses kirchlichen Rüstzeitenheimes verbinden. Die Berichte umfassen die Zeit 1950 bis 1990. In Wort und Bild werden Bibelrüstzeiten der kirchlichen Jugendarbeit, Rüstzeiten für Menschen mit Behinderungen, Familienrüstzeiten und Musik-Rüstzeiten lebendig. Insgesamt entsteht ein Panorama des „Zingsthofes“ in seiner Bedeutung für den Werdegang vieler junger Menschen in persönlicher, beruflicher und kirchlicher Hinsicht. Der Zingsthof bot Freiraum angesichts repressiver Züge der ehemaligen DDR.

Das Buch ist über die Evangelische Dombuchhandlung in Greifswald, Tel. 03834 3447, über das Jugendpfarramt des Pommerschen Evangelischen Kirchenkreises, Pn. Tabea Bartels, Karl-Marx-Platz 15, 17489 Greifswald, Tel. 03834 8963113 oder über den Autor, Pastor i.R. Roland Springborn, Käthe-Kollwitz-Straße 6, 17489 Greifswald, Tel. 03834 509743 zu erhalten.



3. Katalog zur Arndt-Ausstellung in Barth

Gerd-Helge Vogel; Gerd Albrecht (Hrsg.): Ernst Moritz Arndt (1769–1860) – Bilder aus seinem Leben und seiner vorpommerschen Heimat während der Franzosenzeit. 316 Seiten, 53 S/W- und 228 Farbabbildungen, Festeinband, 22x28cm, ISBN: 978-3-86935-394-4. Verlag Ludwig Kiel.

Der 250. Geburtstag Ernst Moritz Arndts ist Anlass, dem volkstümlich gewordenen Dichter, Politiker, Historiker, Hochschullehrer und Agitator im Vineta-Museum Barth eine repräsentative Ausstellung zu widmen, in der dessen engagierter und aufopferungsvoller Einsatz für Freiheit, Gerechtigkeit und Einheit während der „Franzosenzeit“ in der Komplexität des damaligen Weltgeschehens beleuchtet wird. Im umfangreichen Begleitband zur Ausstellung wird aber nicht nur die schwere „Franzosenzeit“ der Unterjochung Schwedisch-Pommerns unter das machtvolle Zephter Napoleons thematisiert, sondern der gesamte Lebensabschnitt, den der aufrichtige Streiter für demokratische Freiheiten, gerechte Lebensverhältnisse und die Einheit Deutschlands ein halbes Leben lang in seiner Heimat Vorpommern als unerschöpfliche Kraftquelle durchlebte hatte. So richtet sich der Blick genauso auf die Kindheit und Jugend, die Arndt auf Rügen und Festlandrügen verbrachte. Unter dem Einfluss des Elternhauses, der Familie und Freunde schärften sich in diesen pommerschen Jahren gleichermaßen sein Gespür für die Widersprüche der Zeit wie sein Kampfgeist gegen jede Form von Unterdrückung und Ungerechtigkeit genauso wie seine unendliche Liebe zur Heimat mit ihrer einzigartigen Schönheit der Natur, den reichen kulturellen Schätzen und den wertvollen hier lebenden Menschen. Wie ein kaleidoskopartiges Panorama gewinnt der Leser anhand visueller wie sprachlicher Bilder Zeugnis vom vielgestaltigen Milieu in Schwedisch-Pommern vor dessen Übergang an Preußen 1815, als Arndt sich darauf vorbereitete, die Heimat für immer zu verlassen und mit den Aufgaben eines Geschichtsprofessors im Dienste einer gesamtdeutschen Zielsetzung neue Wurzeln im Rheinland zu schlagen.

4. Arndt-Tagungsband: Ernst Moritz Arndt in seiner Zeit

Es ist ein weiteres Arndt-Buch von Dirk Alvermann und Irmfried Garbe erschienen, das die im September 2019 von vielen miterlebte Tagung aus Anlass des 250. Geburtstages Ernst Moritz Arndts dokumentiert: Ernst Moritz Arndt in seiner Zeit. Pommern vor, während und nach der napoleonischen Besetzung.

Dieser im Auftrag der Historischen Kommission für Pommern herausgegebene Band enthält auch eine umfangreiche Studie über „Arndt als Protestant“ einschließlich der Rezeptionsgeschichte dieses Themas bis in die Gegenwart. Bis Ende Februar 2021 kann dieses Buch noch zu einem günstigen Subskriptionspreis beim Verlag vorbestellt werden. Den Vorbestellungsflyer finden Sie im Anhang.



5. Arndt-Taschenbuch: Ernst Moritz Arndt – Zeiten & Wandlungen

Ernst Moritz Arndt wird auch in einem neuen Band des Karl-Lappe-Verlages beleuchtet. Dieses inhaltsreiche kleine Taschenbuch aus der Feder des Leiters des Greifswalder Universitätsarchivs Dirk Alvermann geht zentrale Themen des politischen Publizisten kompetent an und zeigt, wie sich das Denken Arndts wandelte und wo er seine kriegsbedingten Schärfen später revidierte: Ernst Moritz Arndt - Zeiten & Wandlungen. 91 Seiten, 11,90 €. ESNB: 3-947371-10-1.

Dieses Buch betrachtet die Auseinandersetzung mit Ernst Moritz Arndt (1769 - 1860) als bleibende Herausforderung. Es beschreibt Arndts politische Ideenwelt, erkundet die Vielschichtigkeit seines Werkes und ordnet es historisch ein. Der Wandel, den seine Vorstellungen über das Eigene und das Fremde, Volk und Nation, Verfassung, Recht und Freiheit im Laufe seiner sechs Jahrzehnte währenden publizistischen Tätigkeit erlebten, steht im Mittelpunkt der Darstellung.

6. Neuerscheinung: Residenzen der Pommernherzöge als Kunstzentren

Rafał Makala (Hg.): Unbekannte Wege. Die Residenzen der Pommernherzöge und der verwandten Dynastien als Kunstzentren und Stationen künstlerischer Migration zwischen Reformation und Dreißigjährigem Krieg. Erschienen im Thomas Helms Verlag, Schwerin. 240 Seiten, 109 Abbildungen, Paperback, Orts- und Personenregister, Stammtafel der Greifen-herzöge – Nachkommen Bogislaw X. ISBN 978-3-944033-58-7, 20,00 €.

Das Zeitalter zwischen der Reformation und dem Dreißigjährigen Krieg war die Blütezeit der kleineren Staaten im nordöstlichen Teil Mitteleuropas. Es handelte sich um ein Grenzgebiet, in dem der deutsche Kaiser, die polnisch-litauische Monarchie sowie Dänemark und später Schweden mit Vehemenz politisch einwirkten. Dabei wussten die lokalen Herrscher diese Situation durchaus zu ihren eigenen Gunsten auszuspielen, wobei die herrschaftliche Repräsentation, und damit auch die Kunstförderung, zu den wirksamsten Mitteln dieser Politik gehörten. Ihre Höfe wurden damit zu einer Vermittlungsplattform der großen Kulturkreise, wodurch sich in diesem Gebiet verschiedene Einflüsse besonders stark überlagerten, vor allem jene aus Italien und den Niederlanden. Die über Generationen erhaltenen Verbindungen resultierten in der Migration und im Austausch von Kunstwerken, Künstlern und Konzepten, deren Auswirkungen sich dann in der regionalen Kunst niederschlugen.

Im Blickpunkt der Beiträge stehen die Residenzen und Höfe der Herzöge von Pommern in Pudagla, Stettin und Wolgast sowie jene von verbündeten Dynastien in Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen. Aber auch die Beziehungen zwischen den pommerschen Herzögen und dem Adel werden thematisiert, ebenso die Wanderbewegung von Baumeistern und -handwerkern zwischen den Höfen. Die Autoren widmen sich nicht allein der Architektur, sondern beispielsweise auch dem Schmuck und der Festbekleidung von Herrscherfamilien. ►

7. Buchhinweis: Landwirtschaftsgeschichte

Unser Rostocker Referent beim Studientag 2019 hat seine spannend geschriebene Landwirtschaftsgeschichte Mecklenburgs vor wenigen Wochen publiziert; dieses Buch liefert zahlreiche Hinweise und Vorgänge, die mit der ganz ähnlich verlaufenen pommerschen Landwirtschaftsgeschichte verglichen werden können: Beständiger Wandel. Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft in Mecklenburg von 1900 bis 2000. 800 Seiten, 35,00 €. ISBN: 9783356023299.

8. Neuerscheinung: Die Kirchentage der Ev. Landeskirche Greifswalds

Die 2019 erfolgreich verteidigte kirchenhistorische Dissertation zu den pommerschen und mecklenburgischen Kirchentagen 1978-1988 von Sophie Ludewig, einer Promovendin unseres Vorstandsmitgliedes Thomas K. Kuhn, liegt jetzt in Buchform vor; wir begrüßen die Autorin zugleich als Neumitglied in unserer AG: Sophie Ludewig: Fromm - fröhlich - (un-)frei. Die Kirchentage der Evangelischen Landeskirche Greifswald und der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburgs (1978-1988). 448 Seiten, 49,90 €. ISBN: 978-3-643-14668-7.

So verbleiben wir mit herzlichem Gruß in dieser denkwürdigen Zeit, die vielleicht durch Absagen auch unerwartete Zeit zum Lesen bringt.
Es grüßen Sie und wünschen Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest
Ihre
Irmfried Garbe und Rainer Neumann

Impressum:

Informationsbrief der Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte e.V.

Sup. i.R. Rainer Neumann – Martin-Luther-Straße 9 – 17489 Greifswald
E-Post: informationen@pommersche-kirchengeschichte-ag.de
Geschäftsstelle der AG : Pfr. Matthias Bartels – Karl-Marx-Platz 15 –
17489 Greifswald
E-Post: post@pommersche-kirchengeschichte-ag.de

Vorsitzender: Pfr. Dr. Irmfried Garbe – Dreizehnhausener Str. 1, 17498
Wackerow. – Tel.: 03834-8309546
E-Post: irmfried.garbe@posteo.de
Internet www.pommersche-kirchengeschichte-ag.de



04) Kulturpreise der Landsmannschaft Weichsel-Warthe. Vorschläge

Mitteilungen der Bundesgeschäftsstelle

Kulturpreise der Landsmannschaft Weichsel-Warthe Vorschläge bis 31. Januar 2021 erbeten

Die Landsmannschaft Weichsel-Warthe (Bundesverband e.V.) vergibt jährlich zwei Kulturpreise, und zwar den Kulturpreis und den Kulturellen Förderpreis für Nachwuchskräfte.

Der 1983 gestiftete Kulturpreis der Landsmannschaft Weichsel-Warthe wird für besonders herausragende Leistungen auf kulturellem, wissenschaftlichem oder/und heimatpolitischem Gebiet mit einer Urkunde und einer Ehrengabe jährlich einmal an bis zu drei Persönlichkeiten verliehen.

Der im Jahre 1985 gestiftete Kulturelle Förderpreis für Nachwuchskräfte wird alljährlich für Leistungen in Schrifttum und Publizistik, Musik, Bildende Kunst und Architektur, darstellende Kunst, Wissenschaft und/oder Volkstumspflege an bis zu zwei Persönlichkeiten verliehen, die nicht älter als 35 Jahre sein sollten, aus dem Weichsel-Warthe-Raum stammen

oder/und eine auf diesen Raum bezogene Leistung erbracht haben. Jeder Preisträger erhält eine Urkunde und einen Ehrenpreis von 300,- €.

Die Preisträger werden durch den geschäftsführenden Bundesvorstand der Landsmannschaft Weichsel-Warthe im Einvernehmen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Stiftung Kulturwerk Wartheland bestimmt.

Vorschlagsberechtigt sind die Landsmannschaft Weichsel-Warthe und ihre Gliederungen sowie die Stiftung Kulturwerk Wartheland. Anträge sind mit entsprechender Begründung jeweils bis zum 31. Januar eines jeden Jahres an die Landsmannschaft Weichsel-Warthe – Bundesverband e. V. zu richten. Die Verleihung erfolgt im Rahmen der jährlichen Bundeskulturtagung der Landsmannschaft Weichsel-Warthe.

Aus: Weichsel-Warthe. Mitteilungsblatt der Landsmannschaft Weichsel-Warthe, 68. Jg., Dezember 2020, Folge 12, S. 4

05) Halbjahreszeitschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik unter neuem Dach

Liebe Freunde Rumäniens,

DRG-Mitglied Georg Herbstritt weist auf das Wiedererscheinen der "Halbjahreszeitschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik" hin, die immer wieder Artikel auch zu Rumäniens Geschichte, Literatur, Gesellschaft und Politik enthält. Näheres s. Anlage.

Herzliche Grüße
Gerhard Köpernick

Berlin, 28. November 2020



Die *Halbjahresschrift für südosteuropäische Geschichte, Literatur und Politik* ist zurück!

Rund drei Jahre hat es gedauert, um die Idee, die renommierte Zeitschrift in das Publikationsprogramm des Instituts für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas an der LMU München (IKGS) aufzunehmen, zu realisieren. Der Vorschlag dazu stammt vom Gründer und langjährigen Herausgeber der *Halbjahresschrift*, Dr. Johann Böhm, der die Herausgeberschaft und die Koordination der Redaktion aus Altersgründen abgegeben und die Zeitschrift in Trägerschaft des IKGS übergeben hat. Langjährige und neue Redaktionsmitglieder, darunter Michaela Nowotnick, William Totok und das DeRuGe-Mitglied Georg Herbstritt aus Berlin, werden die Aufarbeitung der autoritären Regime in Zentral- und Südosteuropa und insbesondere der Verflechtungen mit den deutschen Bevölkerungsgruppen aus der Region fortsetzen und dazu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einladen, in der *Halbjahresschrift* zu publizieren.

Die *Halbjahresschrift* erscheint mit einem leicht geänderten Untertitel als Open-Access-Zeitschrift unter www.halbjahresschrift.de. Dort kann man auch die aktuelle Printausgabe bestellen, die im Sommer 2020 erschienen ist. Das nächste Heft erscheint im Frühjahr 2021.

Wer ein Abonnement abschließen möchte, kann dies über das IKGS tun: verlag@ikgs.de.

